

**Zur Veröffentlichung bestimmt**

**38/21**

**Hochrangige Konferenz „Europa jenseits von Antisemitismus und Antizionismus –  
Sicherung des jüdischen Lebens in Europa“; Bericht**

Vortrag  
an den  
Ministerrat

Am 21. November 2018 fand im Rahmen des Österreichischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union eine hochrangige Konferenz zum Thema „Europa jenseits von Antisemitismus und Antizionismus – Sicherung des jüdischen Lebens in Europa“ statt. Mit dieser Konferenz soll ein sichtbarer Beitrag zum Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus geleistet werden. Es ist notwendig, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, wie präsent Antisemitismus gegenwärtig in Europa leider weiterhin ist und dass Antisemitismus und Antizionismus zunehmend Hand in Hand gehen. Wirksame Maßnahmen sind wesentlich, damit Jüdinnen und Juden in Österreich, Europa und darüber hinaus in Sicherheit leben können.

Zu den hochrangigen Gästen zählten Dr. Moshe Kantor, Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, Rabbi Arthur Schneier und EU Kommissarin Vera Jurova. Israels Premierminister Benjamin Netanyahu übermittelte eine Videobotschaft, nachdem er seine Konferenzteilnahme wegen innenpolitischer Entwicklungen in Israel kurzfristig absagen musste.

Österreich hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus. 80 Jahre nach dem „Anschluss“ muss man sich nach wie vor bewusst sein, dass zu wenige Menschen in Österreich das Nazi-Regime bekämpft haben und zugleich viel zu viele die Verbrechen dieses Regimes – teils sogar als aktive Täter – unterstützt haben. Wenngleich auch Österreicherinnen und Österreicher unter den Opfern des Nationalsozialismus waren und einige aktiv Widerstand geleistet haben, gab es eine große Zahl, die im März 1938 und danach zugehört haben oder aktiv daran beteiligt waren, als jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger beraubt, misshandelt und ermordet wurden. Erinnerung an die Shoa bedeutet daher auch Erinnerung an die Rolle Österreichs. „Niemals vergessen!“ ist für Österreich ein immerwährender Auftrag, der auch ein „Nie wieder!“ einschließt.

Viel zu lange hat Österreich seine Verantwortung geleugnet und sich als kollektives Opfer dargestellt. Erst Bundeskanzler Franz Vranitzky gestand 1991 die Mitverantwortung Österreichs ein und bat bei einer Rede an der Hebräischen Universität in Jerusalem 1993 bei den Opfern und ihren Nachfahren um Entschuldigung für die von Österreichern begangenen Verbrechen. Seither hat eine nachhaltige Geschichtsaufarbeitung stattgefunden. Bei jungen Menschen wird im Schulunterricht, durch Treffen mit Überlebenden der Shoa und durch Besuche von Konzentrationslagern ein Bewusstsein für dieses Kapitel österreichische Geschichte geschaffen. Das Verbotsgesetz, das jede Form der Wiederbetätigung unter Strafe stellt, wurde 1992 um den Tatbestand der Leugnung, Verharmlosung, Gutheißung und Rechtfertigung des

nationalsozialistischen Völkermordes oder anderer nationalsozialistischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit erweitert. Die Frage der Restitution von während der NS-Zeit geraubtem jüdischen Vermögen und die Entschädigung der auf österreichischem Gebiet zwischen 1939/40 und 1945 eingesetzten Zwangsarbeiter konnte unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel geregelt werden.

Auch die österreichische Bundesregierung tritt für ein angemessenes Gedenken an die Verbrechen der Vergangenheit ein. Dazu zählen die bereits beschlossene Errichtung einer Namensmauer als Shoah Erinnerungsort in Wien oder auch die Beteiligung am geplanten Bau eines neuen Shoah Heritage Collections Center in Yad Vashem mit einer Million Euro.

Die Verantwortung Österreichs im Kampf gegen Antisemitismus beinhaltet auch eine besondere Verantwortung gegenüber Israel. Antisemitismus zeigt sich heute häufig in übertriebener und unverhältnismäßiger Kritik an Israel. 70 Jahre nach seiner Gründung gibt es noch immer Stimmen, die das Existenzrecht des Staates Israel verneinen. Die österreichische Bundesregierung bekennt sich im Regierungsprogramm zu Israel als jüdischem Staat und zu einem aktiven Bewusstsein für die Sicherheitsinteressen Israels. Die Sicherheit Israels ist Teil der österreichischen Staatsräson und für Österreich nicht verhandelbar.

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich dazu, auch in Zukunft jede Form von Antisemitismus und Antizionismus zu bekämpfen. Die hochrangige Konferenz am 21. November war ein wichtiger Schritt in diesem Zusammenhang. Darüber hinaus wird sich die Bundesregierung für folgende Ziele einsetzen:

- Aktiver Kampf gegen jede Form von Extremismus und Intoleranz
- Maßnahmen gegen Antisemitismus und Antizionismus auf europäischer und internationaler Ebene (z.B. Beschluss von Ratschlussfolgerungen)
- Abstimmungsverhalten in internationalen Foren und Organisationen, wie den Vereinten Nationen, entsprechend adaptieren, um der oben dargestellten Position Österreichs Nachdruck zu verleihen.
- Null Toleranz bei öffentlichen Aussagen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen
- Möglichst wirksame Unterstützung des Friedensprozesses bzw. der Umsetzung einer verhandelten und dauerhaften Zwei-Staaten-Lösung, die Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einen lebensfähigen palästinensischen Staat ermöglicht
- Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit Israel durch verstärkte Kooperation in den Bereichen Digitales, Bildung, Wissenschaft, Innovation und Wirtschaft.
- Intensivierung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Israel

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zu Kenntnis nehmen.

Wien, am 4. Dezember 2018

KURZ

STRACHE